Argumentarium

Nein zur extremen Biodiversitätsinitiative

Das Wichtigste in Kürze
Bundesrat und Parlament lehnen die Biodiversitätsinitiative ab, weil sie ihnen zu weit geht. Sie würde die (nachhaltige) Energie- und Lebensmittelproduktion, aber auch die Nutzung des Waldes und des ländlichen Raums für den Tourismus stark einschränken. Die einheimische Versorgung würde geschwächt und die Importe von Energie, Essen und Holz nähmen zu. Zudem würden die Kompetenzen der Kantone beschnitten.

Was die Initiative will:

- Landschaften, Ortsbilder, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler als offizielle und praktisch unantastbare Schutzobjekte deklarieren.
- Die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe auch ausserhalb der offiziellen Schutzobjekte einschränken.
- Mehr Flächen für die Biodiversität ausscheiden.
- Mehr finanzielle Mittel für die Biodiversität bereitstellen.

Die Gründe für ein Nein

Strenger Schutzstatus
Durch die Verschärfungen innerhalb der bestehenden Schutzgebiete und der Ausscheidung grosser zusätzlichen Flächen würde die Initiative den Handlungsspielraum der Kantone, aber auch der Landwirtschaft, des Tourismus und der Energiewirtschaft massiv einschränken. Die ländlichen Regionen hätten kaum mehr Spielraum für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Besonders problematisch ist das Ziel einer sogenannten ökologischen Infrastruktur. Damit sind Schutzgebiete gemeint, die in den kantonalen Richtplänen eingetragen sind und langfristig für keinen anderen Zweck mehr zur Verfügung stehen.

Verlust von Kulturland
Bereits heute sind grosse Teile des besten Kulturlandes für den Natur- und Umweltschutz reserviert und können nicht für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Fast ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche dient aktuell bereits der Förderung der Biodiversität. Die Initiative würde die rechtliche Grundlage für die verbindliche Ausscheidung einer ökologischen Infrastruktur schaffen. Diese würde dazu führen, dass bis zu 30% der gesamten Schweizer Landesfläche unter Schutz gestellt würden. Dafür wären im Vergleich zu heute 1.2 Millionen Hektaren zusätzliche Fläche nötig. Dies entspricht der Grösse der Kantone AG, BE, BL, JU, LU, NE, OW, SO zusammen. Gleichzeitig ist das Kulturland auch durch die stetige Ausdehnung der Siedlungsgebiete, Gewerbezonen, Infrastrukturbauten u.ä. unter Druck.

Sinkende Lebensmittelproduktion
Der Ausbau der geschützten Flächen würde zu einer massiven Schwächung der Lebensmittelproduktion in der Schweiz führen – auch im Biolandbau! Die Hauptaufgabe des Kulturlandes und insbesondere der Fruchtfolgefläche – die sichere und stabile Versorgung mit Essen – und damit die Erfüllung der Art. 102, 104 und 104a der Bundesverfassung wären missachtet. Die Folge wären mehr Lebensmittelimporte, ein grösserer Flächenbedarf im Ausland und eine weitere Verlagerung des ökologischen Fussabdruckes der Schweiz in andere Länder. Ausländische Produktionsstandards sind viel tiefer als jene in der Schweiz. Schlussendlich verlieren die Schweizer Bauernfamilien und die globale Situation in Bezug auf die Biodiversität verschlechtert sich zusätzlich.

Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen
Die Biodiversitätsinitiative befasst sich auch mit dem baukulturellen Erbe, das noch stärker als heute geschützt werden soll. Bauliche Anpassungen an bestehenden Bauten würden noch schwieriger. Es gibt keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem baukulturellen Erbe und der Biodiversität.

Finanzielle Ungewissheit
Gemäss den Berechnungen des Bundesrats würde die Initiative zu zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand in der Höhe von 375 bis 440 Mio. Fr. führen. Weil die Bundesfinanzen heute schon im Defizit sind, müsste dieses Geld in anderen Bereichen, wie der Landwirtschaft, eingespart werden. Deshalb ist es alles andere als sicher, dass Landwirtschaftsbetriebe angemessen entschädigt würden. Es wäre auch etwas absurd, mehr Geld auszugeben, um am Schluss weniger nachhaltige Lebensmittel aus einheimischer Produktion zur Verfügung zu haben.

Gut zu wissen
Die Biodiversität ist wichtig für die Landwirtschaft. Aus diesem Grund engagiert sie sich schon stark:

- 19.3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind heute sogenannte Biodiversitätsförderflächen (BFF). Das sind extensive Wiesen, Blühstreifen, Brachen, Hecken, Hochstamm-Obstbäumen und andere Elemente, die Lebensraum und Nahrung für Wildpflanzen und -tiere schaffen.
- Die Zwischenziele der Agrarpolitik 2014-2017/2018-2021 sind weitgehend erreicht:
    - 82'000 ha BFF in der Talzone
    - 45 % der BFF wurden mit Qualität II ausgezeichnet
    - 81 % der BFF sind vernetzt
- Es laufen zahlreiche Ressourcenprojekte, welche die Biodiversität zusätzlich fördern.

Wieso kein Gegenvorschlag?

Der Schweizer Bauernverband lehnte den von Bundesrat und Nationalrat ausgearbeiteten Gegenvorschlag ab, weil dieser noch viel weiter als die Initiative selbst gegangen wäre. Am Schluss der Beratung wollte der Nationalrat einen alternativen Vorschlag diskutieren. Dieser lag aber nur als Papier der Verwaltung vor und war inhaltlich ebenfalls problematisch. Die Gefahr wäre gross gewesen, dass wie bei der parlamentarischen Initiative Absenkpfad noch viele Forderungen des ursprünglichen Gegenvorschlags wieder aufgenommen worden wären. **Zudem besteht kein zusätzlicher Regulierungsbedarf. Es gibt eine aktuelle Rechtsgrundlage für die Förderung der Biodiversität.** Eine nationale Strategie Biodiversität und einen Aktionsplan dazu sind ebenfalls bereits lanciert. Man sollte nun den Fokus in deren Umsetzung und in die Verbesserung der Qualität der bestehenden Biodiversitätsflächen legen.